



AKAM Dr. M. Stoffels, Parkstr.16, 47906 Kempen

Arbeitskreis Asyl und
Menschenrechte **AKAM e.V.**

Mitglied im Flüchtlingsrat NRW

Dr. Michael Stoffels
Parkstraße 16 47906 Kempen
Telefon: 02152/2405
m.stoffels@t-online.de

An den
Bürgermeister der Stadt Kempen
Herrn Volker Rübo

Rathaus



- ~~0~~ Zur Bez-Repppe+für
mir
- Wo zur
Rückversicherung am 21.1.

08.01.2020

Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern auf griechischen Inseln

Sehr geehrter Herr Rübo,
wieder einmal darf der "Arbeitskreis Asyl und Menschenrechte AKAM e.V." Ihnen ein Anliegen vortragen, und zwar ein Anliegen, das er in einem "Weihnachtsbrief" bereits gegenüber dem im Land NRW zuständigen Integrationsminister Joachim Stamp sowie gegenüber den beiden Bundestagsabgeordneten im Kreis Viersen, den Herren Schummer und Schiefner, vorgetragen hat.

Es geht um die rund 4.100 minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge, die in Zelten oder unter Plastikbahnen unter unsäglichen Bedingungen in völlig überfüllten Hotspots auf griechischen Inseln oder auf der Straße leben müssen. Von den rund 1000 Minderjährigen auf Lesbos sind etwa die Hälfte unter 12 Jahre (!) alt. Sie alle sind ungeschützt vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch, ohne zureichenden Zugang zu Nahrung und Unterstützung. Dies widerspricht allen Regeln und Vorgaben des Kinderschutzes und läuft auf einen eklatanten Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention hinaus, die in Kürze im Grundgesetz verankert werden soll.

Unmittelbar zu diesem Schreiben hat uns das Statement des Krefelder Beigeordneten Markus Schön (FB Integration und Migration) angeregt. In diesem Statement erläutert Herr Schön die Bereitschaft der Stadt Krefeld, eine Gruppe der betroffenen unbegleiteten Kinder und Jugendlicher aufzunehmen. Darüber hinaus werde Krefeld als Mitglied im Bündnis der "Städte Sichere Häfen" in ganz NRW für die freiwillige Aufnahme in Griechenland gestrandeter Minderjähriger werben: "Angesichts der derzeitigen Solidarität und Humanität in der ganzen Krefelder Bürgerschaft mache ich mir überhaupt keine Sorgen, dass wir auch diese Herausforderung gut meistern werden."

Auch in Kempen dürfen wir von einer solchen Einstellung ausgehen, da die Stadt im letzten Oktober wie die Stadt Krefeld dem Bündnis "Städte Sichere Häfen" beigetreten ist. Daher hoffen wir, dass die Stadt Kempen gegenüber Landesminister Stamp und Bundesminister Seehofer ihre Bereitschaft erklärt, unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Griechenland aufzunehmen und aus ihrer desolaten Situation zu befreien.

AKAM e. V.

IBAN DE20 3206 1414 0804 2200 11

BIC GENODED1KMP Volksbank Kempen-Grefrath eG

Solche Aufnahmebereitschaft kann leider derzeit nur ein Appell an die politisch Verantwortlichen sein, denn die Aufnahme von Flüchtlingen obliegt nicht der Entscheidung der Kommunen, sondern des Bundes. Das heißt: es kommt auf die Zustimmung des Bundesinnenministers an, der Bereitschaft der Kommunen und auch einiger Bundesländer (darunter leider nicht NRW) zur Aufnahme der auf Hilfe angewiesenen Kinder und Jugendlichen zuzustimmen und die praktische Umsetzung zu ermöglichen.

Wir möchten die Stadt Kempen dazu auffordern ihrem Anspruch als "Sicherer Hafen" zu entsprechen und Land wie Bund nachdrücklich auf die eigene Aufnahmebereitschaft als Ausdruck einer humanitären Verpflichtung gegenüber den in Griechenland gestrandeten Kindern und Jugendlichen hinzuweisen und die rechtlich notwendige Zustimmung des Bundesinnenministeriums einzufordern. Davon erhoffen wir uns im Verbund mit vielen anderen aufnahmewilligen Kommunen eine Änderung einer politischen Haltung zu erreichen, die - wie schon aus der Diskussion um die Seenotrettung bekannt - das Problem an die europäische Ebene verweisen will. Doch die Aufnahme von aus Seenot Geretteten ist ebenso wie die Aufnahme von Kindern in Not eine unmittelbare humanitäre Verpflichtung, die keinen Aufschub duldet.

Mit freundlichen Grüßen



(Stoffels)



Arbeitskreis Asyl und
Menschenrechte **AKAM e.V.**

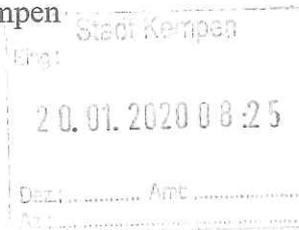
Mitglied im Flüchtlingsrat NRW

Dr. Michael Stoffels
Parkstraße 16 47906 Kempen
Telefon: 02152/2405
m.stoffels@t-online.de

AKAM Dr. M. Stoffels, Parkstr. 16, 47906 Kempen

An
den Bürgermeister der Stadt Kempen
Herr Volker Rübo

Rathaus Kempen



19.01.2020

**Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern auf griechischen Inseln
Hier: Berichte von RP und WZ aus Krefeld**

Sehr geehrter Herr Rübo,
ergänzend zu meinem Schreiben vom 08.01. darf ich Ihnen die beigefügten Berichte aus den Lokalteilen Krefeld von RP- und WZ vom 17.01. zu dem Treffen des Städtebündnisses "Sichere Häfen" in Bielefeld beilegen. Anwesend waren auch der zuständige Krefelder Beigeordnete und der Staatssekretär des zuständigen Landesministeriums. Aus den Berichten geht hervor, was ich schon angedeutet hatte, nämlich dass es in der Sache vor allem auch darum geht, die rechtlich erforderliche Zustimmung des Bundes zu erreichen.

Was die aufnahmebereiten "Sicheren Häfen" angeht, wird es darauf ankommen, dass diese ihre Aufnahmebereitschaft in der gegenwärtigen Notsituation auf See und in den griechischen Auffanglagern nachdrücklich zur Geltung bringen. Dies soll bewirken, dass verstärkt an rechtlichen Lösungen gearbeitet wird, die Abhilfe schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

(Stoffels)

Anlage

AKAM e. V.

IBAN DE20 3206 1414 0804 2200 11

BIC GENODED1KMP Volksbank Kempen-Grefrath eG

NRW / Städte / Krefeld

Flüchtlinge in Krefeld

Krefeld bereitet Aufnahme neuer Flüchtlinge vor

17. Januar 2020 um 04:40 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Krefelds Sozialdezernent Markus Schön. Foto: Thomas Lammertz

Krefeld. Sozialdezernent Markus Schön nahm an einem Treffen von 19 „Sichere Häfen“-Kommunen in Bielefeld teil.

Von **Jens Voss**

(vo) Krefelds Sozialdezernent Markus Schön hat an einem Treffen des Städtebündnisses „Sichere Häfen“ in Bielefeld teilgenommen. In dem Bündnis sind 29 Kommunen aus NRW vereint, die sich bereit erklärt haben, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Bei dem Treffen, das auf Initiative des Bielefelder SPD-Oberbürgermeisters Pit Klausen zustande kam und bei dem 19 Kommunen vertreten waren, ging es darum, Möglichkeiten einer Aufnahme zu besprechen. Ohne den Bund sei das juristisch nicht möglich, erläuterte Schön auf Anfrage unserer Redaktion. Am Montag, 20. Januar, soll es ein weiteres Treffen geben.

Ob, wie viele und welche Flüchtlinge aufgenommen werden, ist Schön zufolge noch offen. Als drängend wird die Lage in den griechischen Auffanglagern gesehen, erläuterte Schön. Darauf weisen auch die „Seebrücken“-Vereine hin, die sich für die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen: Rund 40.000 geflüchtete Menschen sitzen nach Seebrücke-Angaben in Camps fest, die für 7.500 Menschen ausgerichtet seien; die Zustände seien eine „humanitäre Katastrophe“.

Die Landesregierung unterstützt nach Einschätzung Schöns das Ansinnen des Städtebündnisses. So sei in Bielefeld auch der zuständige Staatssekretär Andreas Bothe aus dem NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration dabeigewesen – „ein starkes Signal“, sagte Schön dazu.

Über die Aufnahme von Flüchtlingen müsse abschließend der Krefelder Rat entscheiden, erläuterte Schön weiter. Eine Mehrheit dafür gilt als sicher. Die Krefelder Verwaltung setzt mit der Teilnahme an dem Bielefelder Treffen einen Ratsbeschluss vom März 2019 um. Damals hatte sich der Rat mit den Zielen der Seebrücke solidarisch erklärt – mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linke sowie den Ratsmitgliedern Drabben, Preuß, Heitzer und Klein. Die CDU war damals mit einem eigenen Antrag gescheitert, die FDP hatte dagegen gestimmt. Die Gegenargumente der Liberalen: Private Seenothilfe-Organisationen beförderten unfreiwillig das Geschäft von Schleppern und ermutigten Flüchtlinge zur lebensgefährlichen Flucht übers Mittelmeer.

Hintergrund für die Antragsteller war das Sterben im Mittelmeer. 2018 seien 2.262 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ums Leben gekommen, Anfang 2019 bereits in den ersten Tagen mehr als 210 Personen ertrunken, hieß es in dem Antrag.

Der Antrag der CDU war in der Diktion vorsichtiger, redet nicht von einer Erhöhung der Aufnahmequoten und langfristigen Bleibeperspektiven und legt einen Akzent auf europäische Lösungen bei der Verteilung von Flüchtlingen.

Angela_M Samstag, 18. Januar 2020, 10:13 Uhr

Der Fehler vieler Wähler war es Politiker und Beamte im Amt zu lassen, die diese Personen grundlos nach Deutschland holen. Alle Bürger müssen genau überlegen ob sie diese Parteien und Politiker nochmal wählen sollen, wenn sie keine Steuern für diese Personen zahlen wollen!

<https://www.wz.de/nrw/krefeld/krefeld-markus-schoen-hat-an-treffen-von-sichere-haefen-teilgenommen-aid-48370331>

Sichere Häfen : Kinder aus Camps aufnehmen

Der Krefelder Beigeordnete Markus Schön kehrte jetzt aus Bielefeld zurück. *Foto: Andreas Bischof/Andreas Bischof*

Krefeld Krefeld bei Treffen des Bündnisses „Sichere Häfen“.

Von [Werner Dohmen](#)

Von einer Fahrt nach Bielefeld kehrte jetzt Markus Schön zurück: Der Krefelder Beigeordnete für Bildung, Jugend, Sport, Migration und Integration hat an einem Arbeitstreffen von rund 20 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen teilgenommen, die zum Bündnis „Sichere Häfen“ gehören. Dazu eingeladen hatte der Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen. Auch die Landesregierung sei bei dem Treffen durch einen Staatssekretär und einen Abteilungsleiter hochrangig vertreten gewesen, berichtet Schön.

Krefeld gehört zu den Kommunen, die sich 2019 grundsätzlich dazu bereit erklärt hatten, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. „Dazu gibt es Möglichkeiten, vor allem mit Blick auf unbegleitete Minderjährige“, sagt Schön. Diese würden derzeit oft in für die Europäische Union unwürdigen Zuständen in Auffanglagern untergebracht, so vor allem in Griechenland. Dort sitzen derzeit rund 40 000 Flüchtlinge fest – etwa 4000 davon sind Kinder.

Um vor allem die Minderjährigen aufzunehmen zu können, sei eine Abstimmung mit Land und Bund notwendig, betont Markus Schön. Kommunale Alleingänge dürfe es hier nicht geben. In Bielefeld sei deshalb jetzt für Anfang nächster Woche eine überregionale Abstimmung verabredet worden. Insgesamt spricht der Beigeordnete von einem „guten Treffen“ und einem starken Signal aus NRW.

Wenn die grundsätzliche Entscheidung auf überregionaler Ebene gefallen ist, gehen die internen Beratungen in Krefeld weiter. Denn wenn es zum Beispiel darum geht, konkrete Zahlen von aufgenommenen Flüchtlingen festzulegen, sei ein Ratsbeschluss notwendig, informiert Markus Schön. Dieser werde dann für eine der nächsten Sitzungen vorbereitet.



Arbeitskreis Asyl und
Menschenrechte **AKAM e.V.**

Mitglied im Flüchtlingsrat NRW

Dr. Michael Stoffels
Parkstraße 16 47906 Kempen
Telefon: 02152/2405
m.stoffels@t-online.de

AKAM Dr. M. Stoffels, Parkstr.16, 47906 Kempen

Herrn
Bürgermeister Volker Rübo

Rathaus



18.02.2020

Geflüchtete Unbegleitete Kinder und Jugendliche in Griechenland

Sehr geehrter Herr Rübo,

heute ist mir eine Meldung aus Schleswig-Holstein zugegangen, die Aufnahme in Griechenland gestrandeter Kinder und Jugendlicher betreffend (Anlage). Ich darf Ihnen die Meldung zusammen mit einer Presseerklärung des dortigen Innenministeriums im Hinblick auf die Ratssitzung am 10. März gleich weiterreichen. Schleswig-Holstein – zusammen mit weiteren sieben Bundesländern und den aufnahmebereiten Kommunen - setzt ein aus unserer Sicht erfreuliches Signal.

Wir hoffen, dass Kempen sich entsprechend den eigenen Möglichkeiten beteiligt und anbieten wird, einige wenige Kinder und Jugendliche aus ihrer akuten Notsituation herauszuholen. Dankbar sind wir allein schon dafür, dass unser Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung gesetzt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

AKAM e. V.

IBAN DE20 3206 1414 0804 2200 11

BIC GENODED1KMP Volksbank Kempen-Grefrath eG

Presseerklärung
Kiel, 18.2.2020

Erleichterung:

Land SH beschließt Aufnahme von Flüchtlingskindern aus Griechenland ohne Vorbedingungen

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt die Initiative der Landesregierung Schleswig-Holstein zur Aufnahme von bis zu 30 minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten aus Griechenland.

Mit Schreiben an Bundesinnenminister Seehofer verweist dessen schleswig-holsteinischer Amtskollege Hans-Joachim Grote u.a. auf die 2019 spürbar zurückgegangene Flüchtlingszuwanderung und regt an, mit einem humanitären Signal "beispielgebend voranzugehen".

"Es ist sehr zu begrüßen, dass Innenminister Grote das Angebot des Landes ausdrücklich unabhängig von einer nationalen Gesamtaufnahmeentscheidung macht", freut sich Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Damit sei gewährleistet, dass weder die Voraussetzung eines Konsenses zwischen den Bundesländern noch auf europäischer Ebene die Umsetzung dieser Landesinitiative zu konterkarieren vermag. Dass die anvisierte Gruppe der 30 Minderjährigen nach Schleswig-Holstein kommen kann, ist also lediglich von der Zustimmung des Bundesinnenministers abhängig.

Minister Seehofer trifft sich am kommenden Donnerstag mit dem Migrationsbeauftragten der griechischen Regierung. *"Wir hoffen sehr, dass bei diesem Zusammentreffen zur zeitnahen Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland Nägel mit Köpfen gemacht werden", erklärt Martin Link.*

Der Flüchtlingsrat hatte unter Bezugnahme auf in Griechenland engagierte Hilfsorganisationen in den vergangenen Monaten verschiedentlich über die höchst prekären Lebensbedingungen minderjähriger Geflüchteter dort berichtet.

gez. Martin Link

Anlage: PE des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration SH vom 18.2.2020

Staatssekretär Geerds informiert den Flüchtlingsbeauftragten des Landes über den Wunsch auf Lesbos unterbrachte geflüchtete Kinder und Jugendliche aufzunehmen

KIEL. Innenstaatssekretär Torsten Geerds hat in einem Gespräch den Flüchtlingsbeauftragten des Landes, Stefan Schmidt und Martin Link vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein über den Wunsch der Landesregierung informiert, geflüchtete Kinder und Jugendliche, die auf der griechischen Insel Lesbos untergebracht sind, aufzunehmen.

„Aus Sicht der schleswig-holsteinischen Landesregierung muss für die dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen eine Lösung gefunden werden. Denn die Unterbringungssituation vor Ort ist aus humanitären Gesichtspunkten für viele der Geflüchteten nicht mehr hinnehmbar. Deshalb will die Landesregierung vorangehen und ein positives Signal setzen und 25 bis 30 Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein aufnehmen. Darum hat sich Innenminister Hans-Joachim Grote mit einem Schreiben an Bundesinnenminister Horst Seehofer gewandt.“, erklärte der Staatssekretär.

Wörtlich heißt es in dem Brief von Innenminister Grote an Bundesinnenminister Seehofer:

„Trotz vieler Hilfen, auch vom BAMF und der Bundesrepublik Deutschland, bleibt die humanitäre Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf Lesbos bedrückend und angespannt.

Dies betrifft insbesondere die alleinreisenden Minderjährigen, die dort unter erbärmlichen Umständen ohne Perspektive und bei fehlender Unterstützung leben müssen. Aktuell wird immer häufiger auch über Proteste der Flüchtlinge auf Lesbos berichtet. Dabei bleibt es richtig, dass nur eine europäisch abgestimmte, gemeinsame Hilfe Griechenland dauerhaft stützen kann.

Ich meine jedoch, dass wir hier erneut beispielgebend vorangehen sollten. Vergleichbar möchte ich Ihren Vorstoß vom September letzten Jahres anführen, als Deutschland zusagte, 25% der Bootsflüchtlinge des Mittelmeers aufzunehmen.

Dabei nehme ich Ihre damalige Argumentation auf, dass die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland um Schutz nachsuchen, in 2019 erneut um über 10 % Prozent zurückgegangen ist. Dies erleichtert ein humanitäres Signal.

Schleswig-Holstein bietet Ihnen daher an, auch unabhängig Ihrer Entscheidung über eine Gesamtaufnahmezusage Deutschlands, 25 bis 30 der jungen Flüchtlinge aus Lesbos bei uns aufzunehmen.

Ich bin dankbar, wenn Sie deren Einreise ermöglichten und unsere Aufnahme unterstützten.“

Verantwortlich für diesen Presstext: Dirk Hundertmark / Tim Radtke | Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration | Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel | Telefon 0431 988-3007 / -3337 | E-Mail: pressestelle@im.landsh.de | Medien-Informationen im Internet: www.schleswig-holstein.de | Das Ministerium finden Sie im Internet unter www.schleswig-holstein.de/innenministerium.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Peterstraße 19 · 47906 Kempen

Stadt Kempen
Bürgermeister Rübo
Buttermarkt 1

47906 Kempen

Fraktion im Rat der Stadt
Kempen

Joachim Straeten
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle
Peterstraße 19
47906 Kempen
Tel.: 02152-510505
Joachim.Straeten@gruene-
kempen.de

Kempen, 25.02.2020

Offener Brief - Sicherer Hafen Kempen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rübo,

die dramatische Lage in den griechischen Flüchtlingslagern spitzt sich von Woche zu Woche zu. Leidtragende sind insbesondere etwa 4.000 Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern in Dreck, Müll und Kälte leben müssen, und das auf europäischem Boden. Ein menschenrechtlich unhaltbarer Zustand, der sich insbesondere in den Wintermonaten noch einmal deutlich verschärft hat.

Gerade die Jüngsten und Schwächsten unter ihnen brauchen in dieser katastrophalen humanitären Situation akute Nothilfe. Die Bundesregierung weigert sich bisher zu handeln, und auch auf EU-Ebene herrscht weiter Stillstand.

In NRW setzen sich neben Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der „Seebrücke“ zahlreiche Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus Griechenland ein. Im Rahmen der Bielefelder Erklärung vom 15.1.2020 bekunden bislang 16 Kommunen des Bündnisses „Sichere Häfen“ ihre Bereitschaft, über den Königsteiner Schlüssel hinaus schutzbedürftige minderjährige Geflüchtete aus den griechischen Lagern bei sich aufzunehmen.

In der Dezember Ratssitzung 2018 hat der Rat der Stadt Kempen mehrheitlich beschlossen, dass die Stadt Kempen sich zu einem „sicheren Hafen“ für Flüchtlinge erklärt!

Sehr geehrter Herr Rübo, wir fordern Sie auf, nun aktiv zu werden und sich an die Seite der solidarischen Kommunen zu stellen.

Kempen muss aus unserer Sicht nun die gebotene humanitäre Hilfe leisten und daher bitten wir Sie:

- Setzen Sie sich auf Bundesebene im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie für eine zügige Umverteilung (Relocation) im Rahmen eines Kontingents insbesondere unbegleiteter Minderjähriger Geflüchteter aus den griechischen Camps ein.
- Erklären Sie sich gegenüber der Bundesregierung bereit, ein bestimmtes Kontingent vornehmlich unbegleiteter Minderjähriger Schutzbedürftiger und weiterer schutzbedürftiger Personengruppen aus Griechenland in Kempen aufzunehmen.
- Entwickeln Sie konkrete Maßnahmen zur kommunalen Aufnahme besonders Schutzbedürftiger gemäß der Bielefelder Erklärung mit denjenigen Kommunen, die sich im Rahmen des Bündnisses „Sichere Häfen“ zur Aufnahme von Schutzbedürftigen einsetzen.

Zahlreiche andere Städte in NRW und anderen Bundesländern sind in diesem Sinne bereits voran gegangen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Joachim Straeten
Fraktionsvorsitzender

Monika Schütz-Madré
Stadtverordnete